

Das Urteil im Zivilprozess

Urteilsfindung und Urteilsabfassung in der Tatsacheninstanz

Bearbeitet von
Dr. Christian Balzer

2., neu bearbeitete Auflage 2007. Taschenbuch. 272 S. Paperback

ISBN 978 3 503 10342 3

Format (B x L): 15,8 x 23,5 cm

Gewicht: 430 g

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht
allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Das Urteil im Zivilprozess

Urteilsfindung und Urteilsabfassung
in der Tatsacheninstanz

von

Dr. Christian Balzer

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D.

2., neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 10342 3](http://ESV.info/978_3_503_10342_3)

1. Auflage 2003
2. Auflage 2007

ISBN 978 3 503 10342 3

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2007
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multixtext, Berlin
Druck: Strauss, Mörlenbach

Vorwort

Dieses Buch wendet sich in erster Linie an junge Richter und solche, die die beste Form, Urteile zu schreiben, noch suchen. Der junge Richter ist mit der Relationstechnik als dem Abbild richterlicher Denkarbeit vertraut. In einem schwierigen Staatsexamen hat er bewiesen, dass er Zivilurteile abzufassen versteht. Aber die tägliche Praxis stellt ihn immer wieder vor Probleme, denen er in der kurzen Referendarausbildung bei einem Zivilgericht nicht begegnet ist. Das Buch soll ihm helfen, sein umfangreiches Wissen richtig anzuwenden und Fehler zu vermeiden. Dieses Anliegen bestimmt den Aufbau der Abhandlung. Fehler kann man nur vermeiden, wenn man sie kennt. Deshalb ist Ausgangspunkt oder Gegenstand vieler Betrachtungen der Fehler, der Missgriff, die eingeschlossene Gewohnheit, die neuzeitlichen Anforderungen oder gar geänderten Prozessnormen nicht mehr genügt. Der Kritik folgen – meist anhand von Textbeispielen – Vorschläge, wie man es besser machen kann. Die Vorschläge sind die Frucht meiner mehr als vier Jahrzehnte umspannenden Tätigkeit eines Zivilrichters, Schiedsrichters und Mitarbeiters in Anwaltskanzleien.

Wann ist ein Zivilurteil fehlerfrei? Es soll der unterliegenden Partei erklären, warum sie unterliegt. Es soll sich mit ihren Argumenten auseinandersetzen, anstatt sie mit Leerformeln abzuspeisen. Dabei soll der Richter auch die Teile der §§ 313 ff. und 540 ZPO beachten, mit denen der Gesetzgeber ihm Arbeit ersparen will. Schließlich muss die Sprache des Urteils hohen Ansprüchen genügen. Sie muss logisch sein, denn die Sprache ist das Vehikel des Gedankens; und die Sprache muss klar und knapp sein, damit die Beteiligten sie verstehen und der Richter zu rationeller Arbeitsweise findet. Richter und mittelbar auch Anwälte mag dieses Buch daran erinnern, welche Möglichkeiten des Ausdrucks und der Überzeugung eine Schreibweise birgt, die auf Modewörter verzichtet und bei der auch der Satzbau und die Satzfolge durchdacht sind.

Ein Rezensent der Voraufgabe hat geäußert, das Werk sei als „Nachschlagewerk zu Einzelfragen“ auch für Referendare geeignet. Ihnen kann es dabei helfen, juristische Schreibweise zu erlernen und zu entwickeln. Vor allem dieser Leserkreis wird es begrüßen, dass in der vorliegenden zweiten Auflage Kapitel über das Urteil im Verkehrsunfallprozess sowie über Votum und Aktenvortrag angefügt wurden.

Damit die Abhandlung überschaubar bleibe, wurde auf eine tiefeschürfende Auseinandersetzung mit allen in der einschlägigen Literatur vertretenen Lehr-

meinungen ebenso verzichtet wie auf Belege für Ansichten, die sich durchgesetzt haben. Die Darlegungen – vor allem im ersten Kapitel (Urteilsfindung) – sind geprägt durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Die angeführten Zitate und Beispielfälle sind echt. Namen und Daten und einige Währungsangaben wurden allerdings geändert.

Das Deutsche Richtergesetz unterscheidet nicht zwischen Richterinnen und Richtern. Es kennt nur „den Richter“. Diesem Sprachgebrauch schließe ich mich an, teils, weil vom Richter als Organ der Rechtspflege die Rede ist, teils weil es dazu beiträgt, die Anonymität der Richter, deren Entscheidungen kritisiert werden, zu wahren.

In diesem Buch ist viel von Äußerlichkeiten die Rede: vom Urteilsstil, vom Aufbau des Tatbestands und der Entscheidungsgründe, von Schreibweisen. Dabei handelt es sich aber nur um Wegbeschreibungen. Sie dürfen nicht den Blick auf das Ziel richterlicher Tätigkeit verstellen: den Rechtsfrieden durch Anhörung und Bescheidung der Parteien herzustellen und dabei um Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit bemüht zu sein.

Herr Dr. Hubert Just, Präsident des Landgerichts Duisburg, hat mich zu diesem Buch ermutigt und mir mit vielen kritischen Hinweisen geholfen. Dafür bin ich ihm sehr dankbar.

Kein Buch ist ohne Mängel. Deshalb wird der Leser gebeten, Verbesserungsvorschläge und Kritik nicht zurückzuhalten.

Düsseldorf, im Mai 2007

Christian Balzer

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Vorwort.....	5	
Abkürzungsverzeichnis.....	17	

KAPITEL I Urteilsfindung

1. Der Klageantrag und seine Überprüfung	19	2– 7
2. Schlüssigkeit des Klagevortrags	22	8– 31
2.1 Normative Tatbestandsmerkmale.....	22	9– 10
2.2 Der Vorwurf der Widersprüchlichkeit des Klagevortrags.....	23	11
2.2.1 Widerspruch zwischen Haupt- und Hilfstatsachen ...	23	12– 13
2.2.2 Wechsel des Parteivortrags. Einander widersprechende Haupttatsachen	24	14– 15
2.3 Der Vorwurf von Substantiierungsmängeln.....	24	16– 29
2.3.1 Individualisierung des Streitgegenstands.....	25	17
2.3.2 Fehlen von Haupttatsachen und Auslegung.....	25	18– 19
2.3.3 Fehlen von Begleitumständen	26	20– 25
2.3.4 Ausforschungsbeweis.....	28	26– 29
Vermutungen als Vortraggrundlage.....	28	27
Unwahrscheinlichkeit des Vortrags.....	29	28
2.3.5 Behauptungen „ins Blaue hinein“ oder „aufs Geratewohl“	29	30
2.4 Folgerungen	30	31
3. Die Einlassungen des Beklagten (Erheblichkeitsprüfung)	30	32– 66
3.1 Die Verteidigungsmittel des § 138.....	30	33
3.1.1 Die Erklärung mit Nichtwissen	31	34– 38
3.1.2 Das Bestreiten	33	39– 60
3.1.2.1 Bestreitensformen	33	40– 43
Vollständige Erklärung	33	40
Einfaches und ausführliches Bestreiten	34	41
Substantiiertes Bestreiten.....	34	42– 43

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
3.1.2.2 Unzulässiges Zurückweisen	35	44– 56
Pauschalformeln	35	44– 46
Fehlen von Begleitumständen und Umfeldtatsachen . .	36	47
„Überholtes“ Bestreiten	37	48
Eigene Handlungen oder Wahrnehmungen des Beklagten	37	49– 56
<i>Beteiligung des Beklagten „an sich“</i>	37	50
<i>Handlungen und Wahrnehmungen des beteiligten Beklagten</i>	39	51– 56
3.1.2.3 Zusammenfassung der Grundsätze und Ausnahmen . .	42	57– 61
Grundsätze	42	57
Ausnahmen: Nötige Substantiierung des Bestreitens . .	43	58– 61
<i>Negative Tatsachen</i>	43	59
<i>Anscheinsbeweis – Tatsächliche Vermutungen</i>	44	60
<i>Wissensvorsprung des Bestreitenden</i>	44	61
3.2 Einreden	45	62– 65
3.3 Gesamterheblichkeit	46	66
4. Tatsachenfeststellung (Beweiswürdigung)	46	67– 86
4.1 Gegenstand der Tatsachenfeststellung	46	68
4.2 Prinzipien der Tatsachenfeststellung	46	69
4.3 Technik der Beweiswürdigung: Beweisfragen und Beweisantworten	47	70– 71
4.4 Die Tragfähigkeit bejahender Beweismittel	48	72– 86
4.4.1 Augenscheinseinnahme	48	73
4.4.2 Urkundenbeweis	48	74
4.4.3 Sachverständigengutachten	49	75
4.4.4 Amtliche Auskunft	49	76
4.4.5 Aussagen von Zeugen und Parteien	49	77– 86
Aussageimmanente Schwächen	49	77– 80
Kriterien für die Glaubhaftigkeitsprüfung	50	81– 86
<i>Negative Kriterien</i>	50	82– 84
<i>Positive Kriterien</i>	52	85– 86
5. Die Kostenentscheidung	54	87–131
5.1 Gegenstand der Kostentscheidung	54	87– 91
5.2 Einheitlichkeit der Kostenentscheidung	56	92– 94
5.3 Kostenentscheidung nach Erledigungserklärung	57	95
5.4 Kostenentscheidung nach Vergleich	58	96
5.5 Kostenentscheidung nach Zurücknahmen (§§ 269 Abs. 3, 516 Abs. 3)	58	97– 99

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
5.6	Kostenentscheidung im erstinstanzlichen Urteil	60 100–130
5.6.1	§ 91 ZPO	60 101
5.6.2	§ 93 ZPO	60 102–103
5.6.3	§ 92 Abs. 1 ZPO	61 104–117
	Kostenaufhebung	61 104–106
	Kostenquotierungen: Prozentzahlen? Brüche?	62 107–108
	Kostentrennung	63 109
	Ermittlung der Kostenquote	64 110–117
5.6.4	§ 92 Abs. 2 Nr. 1 ZPO	66 118–120
5.6.5	§ 92 Abs. 2 Nr. 2 ZPO	67 121
5.6.6	§ 100 ZPO: Beteiligung von mehr als zwei Parteien am Rechtsstreit	68 122–129
5.6.7	§ 344 ZPO	71 130
5.7	Kostenentscheidung im Berufungsurteil	72 131
6.	Vorläufige Vollstreckbarkeit.	72 132–148
6.1	Geltungsbereich	72 132
6.2	Unerlaubte Einschränkungen der Vollstreck- barkeitserklärung	73 133–134
6.3	Vollstreckbarkeit gegen Sicherheitsleistung	74 135
6.4	Vollstreckbarkeit ohne Sicherheitsleistung des Gläubigers: § 708 ZPO	74 136–139
6.4.1	Gläubigerprivilegierung	74 136–137
6.4.2	Abwendungsbefugnis des Schuldners	76 138–139
6.5	Höhe der Sicherheitsleistung des Gläubigers.	76 140–143
6.5.1	Höhe der Sicherheitsleistung bei Geldforderungen	77 141–142
6.5.2	Höhe der Sicherheitsleistung bei sonstigen Titeln	78 143
6.6	Höhe der Sicherheitsleistung des Schuldners	79 144
6.7	Art der Sicherheitsleistung.	79 145
6.8	Vollstreckbarkeitserklärung bei gemischten Ent- scheidungen	80 146
6.9	Vollstreckbarkeitserklärung bei gebrochenen Ent- scheidungen	80 147
6.10	Vollstreckbarkeitserklärung im Berufungsurteil	80 148

KAPITEL II Die Abfassung des Urteils

1.	Die Überschrift	83 149
1.1	Beispiel.	83 149

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
1.2	Die Kennzeichnung als Urteil.	83 149
1.3	Differenzierung nach Urteilsarten	83 150–154
1.3.1	Die Urteilsarten unter prozessrechtlichen Gesichtspunkten	83 150–153
	Kontradiktorische und nichtkontradiktorische Urteile	83 150
	Endurteil – Zwischenurteil	84 151
	Teilurteil – Schlussurteil.	84 152
	Vorbehaltsurteil – Urteil im Nachverfahren (Nachurteil).	85 153
1.3.2	Differenzierende Urteilsmerkmalen im einzelnen	85 154
2.	Das Parteienrubrum.	86 156–169
2.1	Bezeichnung der Parteien (§ 313 Abs. 1 Nr. 1)	86 156
2.2	Bezeichnung des gesetzlichen Vertreters	87 157–159
2.3	Angabe der Prozessrollen	87 160–163
2.4	Bezeichnung der Prozessbevollmächtigten	88 164–165
2.5	Nebenintervenienten (Streithelfer)	89 166
2.6	Ordnung des Parteienrubrums	89 167–168
2.7	Klammerverfügung.	90 169
3.	Die Bezeichnung des Gerichts	90 170
4.	Die Namen der erkennenden Richter	91 171
5.	Der Tag des Verhandlungsschlusses.	91 172
6.	Der Urteilstenor – Formulierung, Zusammenhänge, Fehlerquellen	92 173–238
6.1	Anerkenntnisurteil	92 174–178
6.1.1	Das Anerkenntnis	92 174–176
6.1.2	Tenorierung	93 177–178
6.1.3	Anerkenntnisurteil in der Berufungsinstanz.	94 179
6.2	Berufungsurteil	95 180–188
6.3	Duldungsurteil	97 189
6.4	Erledigungsurteil	97 190–193
6.4.1	Ausgangssituation.	97 190
6.4.2	Erledigungsausspruch durch Urteil	98 191
6.4.3	Klageabweisung	98 192
6.4.4	Zwischenurteil	99 193

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
6.5	Feststellungsurteil	99 194
6.6	Gestaltungsurteile	99 195
6.7	Grundurteil	100 196–197
6.8	Kostenentscheidung im allgemeinen	101 198
6.9	Leistungsurteile	103 199–202
6.10	Resturteil	104 203–207
	Definition	104 203
	Einfluss der Abschiebung auf den Tenor	
	zur Hauptsache	104 204–206
	<i>Erster Rechtszug</i>	104 204
	<i>Zweiter Rechtszug</i>	104 205–206
	Kostenentscheidung im Resturteil	106 207
6.11	Teilurteil	106 208–209
6.12	Unterlassungsurteil	107 210–211
6.13	Urkunden- und Wechselurteile	109 212–217
6.14	Versäumnisurteil	110 218–230
6.14.1	Versäumnisurteil im Hauptverfahren	110 218–224
	Begriff der Säumnis	110 219–222
	Säumnisfolgen	112 223
6.14.2	Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren	113 224–225
6.14.3	Einspruchsverfahren	113 226–230
	Unzulässiger Einspruch	113 226
	Erneute Säumnis	113 227
	Beiderseitige Verhandlung über den Einspruch	114 228–230
6.15	Verzichtsurteil	115 231
6.16	Vollstreckungsabwehrurteil	116 232–235
6.17	Vorbehaltsurteil und Nachverfahren	117 236
6.18	Vollstreckbarkeitserklärung im allgemeinen	117 237–240
6.19	Urteil auf Abgabe einer Willenserklärung	118 241
6.20	Zinssausspruch	119 242–243
6.21	Urteile auf Leistung „Zug um Zug“	120 244
6.22	Zulassung von Rechtsmitteln	121 245
7.	Urteilsrechtfertigung: Tatbestand und	
	Entscheidungsgründe	122 246–250
7.1	Entbehrlichkeit	122 246–250
7.1.1	Nichtkontradiktorische Urteile	122 246–247
7.1.2	Kontradiktorische Urteile	123 248–250
7.2	Der Tatbestand	124 251–310
7.2.1	Begriff	124 251–252

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
7.2.2	Maxime: Darstellung dem wesentlichen Inhalt nach knapp	124 253–255
7.2.3	Regelmäßige Gliederung des Tatbestands	126 256–257
7.2.4	Sachstand: die Geschichtserzählung.	127 258–269
	Die Geschichtserzählung gibt den Grund- sachverhalt wieder	127 258–260
	Die Parteien benötigen keine Einführung in ihren Fall.	128 261
	Was im Rubrum steht, ist nicht zu wiederholen.	129 262
	Die historische Reihenfolge ist am besten	129 263
	Die richtige Zeitform: Imperfekt und manchmal Perfekt.	129 264
	Der Tatbestand ist keine notarielle Urkunde	130 265
	In den Tatbestand gehören keine Abschreibübungen. . .	131 266–269
7.2.5	Die erhobenen Ansprüche	132 270–271
7.2.6	Das Angriffsvorbringen des Klägers	133 272–288
	Definition	133 272
	Haupttatsachen genügen.	133 273
	Gegenstandslose Behauptungen haben im Tat- bestand keinen Platz	134 274
	Der Tatbestand ist kein „Rechtsbestand“	134 275–278
	Das Kürzel Konjunktiv.	135 279–284
	Die regierenden Verben: „behaupten“, „meinen“ und andere	138 285
	Abdikierte Schriftsätze	139 286
	Die fehlerhaft vorgezogene Replik.	139 287
	Die Ausübung von Gestaltungsrechten	140 288
7.2.7	Anträge der Parteien	140 289–294
7.2.8	Das Verteidigungsvorbringen des Beklagten	143 295–301
7.2.9	Replik des Klägers	144 302
7.2.10	Die Pauschalverweisung.	144 303–307
7.2.11	Hinweis auf Beweisverfahren.	146 308–310
7.3	Entscheidungsgründe	148 311–386
7.3.1	Erwägungen	148 312
	Ausführungen zur Zulässigkeit sind fast immer wegzulassen.	149 313
	Die Urteilsgründe sind keine Seminararbeit.	149 314–317
7.3.2	... in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht	150 318
7.3.3	... auf denen die Entscheidung beruht	150 319
	Unzulässige Zwar-aber-Begründungen	151 320–323
	Offenlassen.	152 324–325

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randnummer
	Zulässige Zwar-aber-Begründungen	153	326–327
	Doppelbegründungen	154	329
7.3.4	„Kurze Zusammenfassung“	154	330–340
	Grundsätzliches	154	330
	Überflüssige Wiederholungen	155	331–340
	<i>Einleitung der Entscheidungsgründe</i>		
	<i>(Maikäfersätze)</i>	156	332–335
	<i>Wiederholen beim Rechtsmittelgericht</i>	157	336
	<i>Programmsätze</i>	158	337
	<i>Obersätze: scheinweise.</i>	158	338
	<i>Gutachtenschwänze</i>	159	339
	<i>Zuviel Lärm um nichts?</i>	160	340
7.3.5	Der Urteilsstil	160	341–354
	Rüstzeug des Richters	160	342
	Vergleich mit dem Gutachtenstil	160	343
	Vertikale und horizontale Verknüpfungen	162	344
	Aufbauplan für die Entscheidungsgründe	164	345–346
	Das falsche „denn“	166	347
	Verletzungen des Urteilsstils	166	348–353
	Das richtige tempus: Präsens	170	354
7.3.6	Tatsachenfeststellung im Urteil	171	355–362
7.3.7	Die Nebenentscheidungen	174	343–364
7.3.8	Durchgliederung der Entscheidungsgründe.		
	Zwischenüberschriften	174	365–368
7.4	Unterschriften unter dem Urteil.	175	369–370
7.5	Punkte- und Abrechnungssachen.		
	Verkehrsunfallsachen	176	371–375
7.5.1	Punktesachen	176	372–373
7.5.2	Abrechnungssachen	177	374–375
7.5.3	Verkehrsunfallsachen	180	376–385
7.6	Besonderheiten für die Rechtfertigung im		
	Berufungsurteil.	184	386–397
7.6.1	Ersetzung des Tatbestands: Tatsachen-		
	feststellung	184	387–391
7.6.2	Ersetzung der Entscheidungsgründe	187	392–395
7.6.3	Darstellung der rechtlichen Begründung	188	396
7.6.4	Gegenwärtige berufsrichterliche Praxis	189	397

KAPITEL III
Beschlüsse

1.	Überschrift	191	399
2.	Rubrum	191	400
3.	Weitere Angaben im Beschlusseingang	192	401
4.	Nebenentscheidungen	192	402–403
5.	Rechtfertigung des Beschlusses	192	404–408
5.1	Notwendigkeit	192	404–405
5.2	Umfang und Aufbau einer Begründung	193	406–407
5.3	Sprachliche Gestaltung des Beschlusses	193	408

KAPITEL IV
Verfahren im Kollegialgericht

1.	Das Votum	195	410–413
2.	Der Aktenvortrag	196	414–428
2.1	Vorbereitung	197	415
2.2	Allgemeines zur Ausdrucksweise	197	416–417
2.3	Gliederung	198	418
2.4	Einführung	199	419
2.5	Sachbericht	199	420–421
2.6	Pauschalvorschlag	200	422
2.7	Rechtliche Würdigung der Hauptsache	200	423–424
2.7.1	Aufbau und Umfang	200	423
2.7.2	Stilfragen	201	424–426
2.8	Nebenentscheidungen	203	427
2.9	Entscheidungsvorschlag	203	428

KAPITEL V
Sprachlabor

1.	Sinn und Syntax	205	430–440
1.1	Hauptsatz und Nebensatz	205	430
1.2	Das falsche Prädikat	206	431–433
1.3	Wortfolgenfehler	208	434
1.4	Der Attributstil	209	435–440

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
2. Glossar: Unwörter und andere Unarten	213	441–449
Angebot	213	441
„Davon ausgehen, dass ...“	213	441
„Begründungsbedarf“	214	441
Berufung auf	215	442
„Conditio“ sine qua non	215	442
Distanzlosigkeit	216	442
Fremdwörter	216	443
Gehörtwerden	216	443
Kausalität	217	443
Kontrahenten	217	443
Mindermeinung	217	443
Nachvollziehen, nachvollziehbar	217	443
Parteienschele	218	444
Personalisierter Stil – Watschenstil	218	444
Pflichtiges	219	444
Recht und Unrecht	219	445
Rechtshängigkeit und Rechtskraft	220	446
Schlüssig	221	446
„Soweit“	221	446
„Der Streitverkündete“	222	447
Übereinstimmend	223	447
„Unwidersprochen“	223	447
Verfügungsverfahren	224	448
Vermeidung von Wiederholungen	224	448
„Vorgetragen und ersichtlich“	224	448
„Vorliegend“	225	448
Ziffer	226	449
Zusammengesetzte Wörter	226	449
Zustehen	227	449

KAPITEL VI

Demonstrationen

1. Fall (Wohnungseigentum)	229	451
2. Fall (Darlehen für den Pizzabäcker)	235	452
3. Fall (Der zurückgewiesene Ersatzkäufer)	244	453
4. Fall (Prozesskostenhilfe)	250	454
5. Fall (Manteltarifvertrag)	254	455

Anhänge

Anhang 1	Ermittlung der Kostenquoten zum Grundfall	
	Rdnr. 111 (§ 92 Abs. 1 ZPO)	259
Anhang 2	Ermittlung der Kostenquoten zum Fall	
	Rdnr. 117	260
Anhang 3	Ermittlung der Kostenquoten zum Fall	
	Rdnr. 123	261
Anhang 4	Muster Rechenblatt zur Kostenentscheidung	262
Literaturverzeichnis		263
Stichwortverzeichnis		265